



Gemeinde Obersiggenthal

Protokoll des Einwohnerrates

Amtsperiode	2026/2029
2. Sitzung	Donnerstag, 19. März 2026 19.00 Uhr, Aula OSOS Nussbaumen
Vorsitz	Buser Christian, Präsident
Protokoll	Hächler Romana, Gemeindeschreiberin II
Stimmenzähler	Hurter René Nezel Tomas
Anwesend	37 Mitglieder des Einwohnerrates 4 Mitglieder des Gemeinderates Stucki Jürg, Gemeindeschreiber Hächler Romana, Gemeindeschreiberin II
Entschuldigt	Baumgartner Alois, Einwohnerrat Meier Oskar, Einwohnerrat Müller Marcel, Einwohnerrat Marten Peter, Vizeammann
Ende der Sitzung	21:24 Uhr

Behandelte Geschäfte			Seite
1	2026/15	Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll	2
2	2026/3	Inpflichtnahme Christian Grau, Die Mitte und Roger Rüede, Die Mitte	4
3	2020/21	Kreditabrechnungen/ Funkinfrastruktur Feuerwehr	4
4	2026/17	Verpflichtungskredit Strassen- und Werkleitungssanierung Landstrasse K114 Abschnitt Kirchdorf	5
5	2026/19	Motion glp- und SP-Fraktion betreffend Umsetzung Masterplan Bachmatt - Der Gemeinderat ist nicht bereit, die Motion zu überweisen.	10
6	2026/20	Einführung der Stellvertretungsregelung im Einwohnerrat - Anpassung des Geschäftsreglements des Einwohnerrates	15
7	2026/21	Umfrage	16

Christian Buser, Präsident: Ich begrüsse Sie alle zur zweiten Einwohnerratssitzung der laufenden Legislatur. Die Unterlagen wurden euch fristgerecht zugestellt. Es wird auch in dieser Sitzung eine Pause geben, die wurde organisiert vom Blauring Kirchdorf.

1 2026/15 Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll

Die folgenden Personen haben sich für die heutige Sitzung entschuldigt: Alois Baumgartner, Marcel Müller und vom Gemeinderat Peter Marten. Das heisst, wir sind aktuell 36 vereidigte Einwohnerräte, das absolute Mehr liegt bei 19. Heute werden wir noch zu einem späteren Zeitpunkt Roger Rüede und Christian Grau vereidigen.

Dann kommen wir zu den rechtskräftigen **Beschlüssen**, welche per 23. Februar 2026 Rechtskraft erlangt haben: Die Beschlussfassung über Entschädigungen Sitzungsgelder der Kompetenzsumme, Überweisung Postulat der FDP-Fraktion betreffend Verbesserung der Nachvollziehbarkeit des Investitionsplans in der jährlichen Aufgaben- und Finanzplanung und Genehmigung befristete Anstellung eines zusätzlichen Mitarbeiters für die Wasserversorgung Obersigenthal.

Dann gehen wir weiter zu den **Mitteilungen** des Gemeinderats.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Zuerst komme ich zu einer Frage der letzten Sitzung betreffend den Bus in Rieden und zwar ist es so, dass in Ennetbaden ab April auf der Schiefen Brücke und bei der Sonnenbergstrasse Sanierungsarbeiten und eine Erschliessung mit Fernwärme stattfindet. Die Arbeit findet in zwei Phasen statt; das hat Auswirkungen auf die Erschliessung von Rieden mit dem öffentlichen Verkehr. In der ersten Phase ist die Schiefe Brücke geschlossen, das ist zwischen dem 20. April und dem 7. Juni 2026. In dieser Zeit wird Rieden mit der Buslinie 5 ab Bahnhof Baden, beziehungsweise von Ennetbaden, her bedient. Nächste Woche wird dann eine Information an die Bevölkerung mit einem Flyer durch die RVBW und weitere Beteiligte erfolgen. In einer zweiten Phase, ab dem 8. Juni 2026, bis voraussichtlich am 31. Oktober 2026, ist die Schiefe Brücke wieder befahrbar aber man kann trotzdem nicht durch die Sonnenbergenstrasse fahren. Wie Rieden in dieser Zeit mit öffentlichem Verkehr erschlossen wird, ist aktuell noch Gegenstand der Gespräche.

Dann folgt aktuell und bis 31. März 2026 noch die Anhörung zum GVK-Raum, Baden und Umgebung. Der Gemeinderat hat ebenfalls eine Rückmeldung verfasst, die auf der Website der Gemeinde aufrufbar ist. Bitte beteiligen Sie sich ebenfalls an dieser Anhörung.

Noch ein Wort zur Legislaturplanung 2026 bis 2029. Der Gemeinderat hat sich an einem Workshop vom 20. und 21. Februar 2026 mit den künftigen Herausforderungen der Gemeinde auseinandergesetzt. Dabei haben wir uns auf die aus strategischer Sicht, wichtigsten Themen konzentriert und Leitsätze formuliert. Wir werden dazu voraussichtlich im Herbst weitere Informationen geben und ein Geschäft vorlegen können. Aktuell sind wir zusammen mit der Geschäftsleitung daran, Massnahmen zu formulieren.

Dann haben wir noch ein Postulat der SP-Fraktion pendent betreffend Verschiebung der Zonengrenze zwischen Nussbaumen und Kirchdorf. Da erfolgt an der nächsten Einwohnerratssitzung die Beantwortung.

Dann habe ich noch eine Information zum Lotsendienst jetzt, da ist ja an den Kredit gesprochen worden und zwar ist es so, dass die Vorbereitungsarbeiten angelaufen sind. Unsere Schuladministration hat sich mit anderen Schulen im Kanton in Verbindung gesetzt, um Kenntnis darüber zu gewinnen, wie so ein Dienst am besten aufgebaut werden kann und welche Herausforderungen zu erwarten sind. Übereinstimmend wurde darauf hingewiesen, dass vor allem die Rekrutierung und die langfristige Bindung von Lotsinnen und Lotsen grosse Herausforderungen sind. Ausserdem hat eine Sitzung mit dem Elternrat stattgefunden, um zu klären,

inwiefern man im Aufbau solcher Dienste unterstützen kann, insbesondere eben auch für Freiwillige. Bereits heute ist aber leider klar, dass der Losedienst frühestens auf Schuljahr Anfang 2026/2027 gestartet werden kann.

Eine Umfrage bei den Eltern macht erst dann Sinn, wenn Klasseneinteilungen kommuniziert worden sind. Wenn nachher genügend Freiwillige gefunden sind, werden diese Leute zuerst noch eine Ausbildung bei der Polizei absolvieren. Der Kontakt mit der Stadtpolizei ist hergestellt.

Dann habe ich noch eine Vorankündigung für eine Informationsveranstaltung für den Einwohnerrat; und zwar findet eine solche Veranstaltung am 27. Mai 2026 statt. Wir machen diese Information für die nächste Einwohnerratssitzung und zwar geht es um folgende Geschäfte; einerseits geht es um die Schulraumplanung, das ist komplex, und andererseits wollen wir einen Baurechtsvertrag für das Sternen-Areal vorlegen - auch das ist nicht ganz trivial, da würden wir Sie gerne vorinformieren.

Christian Buser, Präsident: Ich habe noch eine Korrektur, Oskar Meier hat sich auch entschuldigt, das ist nicht bei mir angekommen.

Das heisst, aktuell sind wir 35 vereidigte Einwohnerräte, das absolute Mehr liegt bei 18.

Dann kommen wir zum **Protokoll**. Es sind 2 Protokolle verschickt worden; das vom 4. Dezember 2025 und das vom 15. Januar 2026. Korrekturen sind einzig eingegangen von Christian Blum für das Protokoll vom Januar.

Christian Blum: Ich hole ein wenig aus, weil wir 11 neue Mitglieder im Einwohnerrat haben. Einmal im Jahr wird zusammen mit dem Budget der Aufgaben- und Finanzplan vorgestellt. Dieser hat einen Horizont von etwa 5 Jahren. In diesem Aufgaben- und Finanzplan gibt es den Investitionsplan. Das ist die Planung der Projekte der Gemeinde über 5 Jahre hinweg. Das Ergebnis aus dem Ganzen ist eine Aussage über 5 Jahre hinweg, wie stark verschuldet die Gemeinde ist. Je nachdem, wie hoch diese Summe ausfällt, desto höher ist das Drama in den Diskussionen, die man hier führt. Es ist sehr relevant.

Wenn man sich den Investitionsplan genauer anschaut, dann sieht man eine grosse Anzahl von Zahlen und Projekten über den Zeitstrahl. Wenn man von der Gegenwart in die Zukunft geht, wird es gefühlt immer etwas ungenauer. Das ist etwas, was wir verbessern wollen. Oder zumindest wollen wir, dass der Investitionsplan klar aussagt, wo Gewissheit besteht über die übrigen Zahlen, ~~die sich eigentlich nicht so gegeben haben~~. Auslöser war das Geschäft vom Kirchweg. Die Sanierung vom Kirchweg war jahrelang mit CHF 2 Mio. in diesem Finanzplan drin und als es dann zum Verpflichtungskredit kam, waren es plötzlich CHF 6 Mio. Es ist etwas Einfaches passiert, man hat von Jahr zu Jahr im Investitionsplan diese Zahl weitergereicht und nicht hinterfragt.

Unser Vorschlag ist, dass man es ein bisschen belastbarer macht. Dass die Zahlen und Projekte, die in diesem Investitionsplan verbaut sind, dass jedes Projekt einen **Eigenen Eigner**, einen Owner, hat und mit Metadaten versehen ist. Wann wurde es eingebracht? Was sind die Hintergründe? Wir sagen nicht, dass das und das zwingend dabei sein muss, sondern es scheint uns Sache des Gemeinderates oder der Verwaltung zu sein, sich anzuschauen, was Sinn macht.

Wichtig ist, dass die Finanzkommission und auch der Einwohnerrat in der Lage sind, nachzuvollziehen, wie verlässlich die Zahlen sind, die wir hier serviert bekommen und wie gross das Drama wirklich ist.

Was wir nicht möchten, ist ein grosser administrativer Kraftakt, das Ganze sollte relativ einfach sein. Es sollten keine neuen Stellenprozente nötig sein um das umzusetzen. Es könnte vielleicht ein Excel-Sheet sein, ~~da steht ein Chef drin~~ **wo auch die zuständige Person aus dem Gemeinderat oder der Verwaltung ersichtlich ist**. Wer hat das eingebracht? Was sind die Hintergründe? Wann wurde die Zahl zum letzten Mal abgeklärt?

Gibt es sonst noch Wortmeldungen dazu?

Das ist nicht der Fall, dann gelten diese somit als genehmigt. Besten Dank für die Erstellung des Protokolls.

2 2026/3 Inpflichtnahme Christian Grau, Die Mitte und Roger Rüede, Die Mitte

Dann kommen wir jetzt zur Vereidigung von Roger Rüede und Christian Grau. Die Inpflichtnahme erfolgt gemäss Art. 1 Abs. 2 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates Obersiggenthal. Nach der Verlesung der Formel bitte ich sie, mit "ich gelobe es" zu antworten. Ich bitte sie, dafür aufzustehen. Die Mitglieder des Einwohnerrates geloben, die Wohlfahrt der Gemeinde Obersiggenthal zu fördern und gemäss der Verfassung und den Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln. Ich bitte sie jetzt, die Worte "ich gelobe es", mir nachzusprechen.

Christian Grau: ich gelobe es.

Roger Rüede: ich gelobe es.

Christian Buser, Präsident: Herzliche Gratulation. Somit sind wir jetzt 37 vereidigte Einwohner-räte und das absolute Mehr liegt bei 19.

3 2020/21 Kreditabrechnungen/ Funkinfrastruktur Feuerwehr

Eintreten nicht bestritten

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Ich richte das Wort als Vertreterin von Peter Marten an euch. Wir haben hier eine Kreditüberschreitung in der Höhe von 9,7% zu verzeichnen. Der Grund dafür ist, dass der Standort der Antennen erst nach dem Projektstart abschliessend evaluiert werden konnte. Da sind Mehrkosten angefallen, die nicht vorhersehbar gewesen sind. Und noch ein herzliches Dankeschön der FIKO für ihre Begründung.

Simone Meyer: Trotz der Kreditüberschreitungen erachten wir das Projekt als sinnvoll und insgesamt erfolgreich. Die EVP-Fraktion stimmt der Kreditabrechnung für die neue Funkinfrastruktur der Feuerwehr zu.

Keine weiteren Wortmeldungen

Abstimmung

Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung Funkinfrastruktur Feuerwehr für CHF 118'218.75 zu genehmigen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**4 2020/21 Verpflichtungskredit Strassen- und Werkleitungssanierung Landstrasse K114
Abschnitt Kirchdorf**

Eintreten nicht bestritten

Peter Huber, Gemeinderat: Ich durfte Ihnen dieses Projekt, die Strassen- und Werkleitungssanierung der Landstrasse K114, Abschnitt Kirchdorf, anlässlich des Informationsanlasses vom 25. Februar 2026 zusammen mit den Vertretern des Kantons, Herrn Büttiker, Herrn Zbinden, Vertreter des Kantons sowie dem Leiter Tiefbau, Carlo Schüpbach, vorstellen.

Wir konnten an diesem Anlass viele Fragen beantworten und konnten auch die Gegenüberstellung von schwarz-teeren oder die Aufwertung aufzeigen und nachliefern. Ebenfalls haben wir die Kosten nachgeliefert, worauf wir keine Fragen mehr erhalten haben. Deshalb bitte ich euch, dass wir den Kredit wie vorliegend annehmen können und freue mich auf eure Voten.

Tomas Nezel: Dass die Landstrasse saniert werden muss, ist unbestritten. Das Konzept, wie sie neu gestaltet wird, ist bereits 2022 ersichtlich gewesen in der Entwicklungstheze Landstrasse, Durchgehende Trottoirs auf beiden Strassenseiten, Velostreifen auf beiden Strassenseiten und in der Mitte ein Mehrzweckstreifen.

Neu ist, dass es zwischen Trottoir und Velostreifen eine Rabatte hat.

Was es leider nicht in die Planung geschafft hat, ist eine durchgehende Busspur. Die Platzverhältnisse scheinen zu eng zu sein, um das zu verwirklichen. Um dem öffentlichen Verkehr, also dem Bus, einen gewissen Vorrang zu gewährleisten, werden die Bushaltestellen, in der Fahrrichtung Ost, in den Strassenraum platziert. Wir begrüßen diese Massnahme, welche immerhin im morgendlichen Stossverkehr den öffentlichen Verkehr ein bisschen unterstützt.

Obwohl keine durchgängige Busspur erstellt wird, muss Land von angrenzenden Anwohnern erworben werden für die Realisierung von der neuen Landstrasse. Dies führt auf gewissen Streckenabschnitten zu der grotesken Situation, dass man am Rand Grünfläche abkaufen will, um sie in der Strassenmitte wieder als Grünstreifen zu platzieren.

Fazit: Da die Platzverhältnisse keine bessere Umsetzung von der Entwicklung unserer Landstrasse zulassen, sind wir, die GLP-Fraktion, für die Annahme vom Verpflichtungskredit.

Die Minimalvariante von einer reinen Belagssanierung lehnen wir ab. Erstens, weil die Kosteneinsparungen gering sind im Vergleich zum Mehrwert. Wir würden CHF 0.5 Mio. einsparen bei einer Kostenreduktion von total CHF 4.5 Mio. Das heisst mit anderen Worten, der Kanton finanziert den Mehrwert zu 89%. Und zweitens, weil wir nach Jahren der Erarbeitung von einem neuen Erscheinungsbild Landstrasse, das vorgestellte Projekt jetzt das realisierbare Ergebnis ist. Ich habe noch eine kleine Anmerkung: Auf den Plänen ist zu sehen, wie dieser Abschnitt von der Landstrasse mit Bäumen gesäumt wird. Eine solche Baumallee ist natürlich schön anzusehen, bringt Ruhe und dämpft ein bisschen den Strassenlärm. Aber, als vor wenigen Jahren die Sanierung von der Hertensteinstrasse uns Anwohnern präsentiert worden ist, hat es auf den Plänen auch so grüne Kreise gehabt, sehr viele sogar. Es hat schön ausgesehen, wie auf den Plänen jetzt. Schlussendlich ist aber kein einziger Baum gepflanzt worden. Das was so toll auf dem Plan dargestellt worden ist, ist nicht umgesetzt worden. Damit möchte ich sagen, dass wir kontrollieren müssen, dass der Kanton auch alles umsetzt, was er jetzt verspricht.

Mara Jenni: Viele dieser Sachen, die in dieser Sanierung enthalten sind, sind keine Sachen, die einfach nice-to-have sind, sondern solche, die man auf alle Fälle umsetzen muss. Die Strassensanierung, die Bushaltestelle mit dem Behinderten-Gleichstellungsgesetz vereinbaren, den Durchlass des Tobelbachs vergrössern und die Wasserleitungen erneuern. Wir, von der SP/Grüne-Fraktion finden es sinnvoll, dass das Projekt so ausgearbeitet worden ist, dass es eindeutig die Lebensqualität unserer Gemeindebewohnerinnen und Gemeindebewohner verbessert. Zusätzlich ist es auch ein Gewinn für die Umwelt, die unsere natürliche Lebensgrundlage sichert. Die angepeilte Förderung des öffentlichen Verkehrs, des Rad- und Fussverkehrs, gerade auch innerhalb von unserem Ort, sowie die Lärmoptimierung und die ökologischen Massnahmen sind unserer Meinung nach, die zusätzliche halbe Million Franken, ganz klar wert. Und darum in Kurz; es ist ein Projekt entworfen worden, welches sich eben gerade da-

ran orientiert, wie Ortsdurchfahrten auch mit dem neuen Gesamtverkehrskonzept ausgearbeitet werden sollten. Obersiggenthal geht also mit der Zeit, agiert zukunftsorientiert und nachhaltig. Wir finden, das ist sinnvoll investiertes Geld. Denn auch wir von der SP/Grüne-Fraktion wollen ein günstiges Projekt, aber eben kein billiges, und das sehen wir bei dieser Vorlage erfüllt. Denn was nur billig ist, ist eigentlich über lange Zeit vor allem eins; Schrott. Das wollen wir nicht und darum unterstützen wir den Verpflichtungskredit.

Alessandro Marullo: Was hier vorliegt, ist nicht einfach eine Sanierung mit Aufwertung, es ist ein Prestigeprojekt. Die Landstrasse gehört zu den meistbefahrenen Strassen der Region. Gemäss Medienberichten verkehren hier täglich mehr Fahrzeuge als auf gewissen Abschnitten der Gotthardstrecke. Und genau dort wollen wir Velofahrer und Spaziergänger konzentrieren? Ganz geschweige davon, dass zur Rushhour nur gestanden und nicht gefahren wird. Und dafür sollen wir auch noch tief in die Tasche greifen. Uns wird gesagt, der Unterschied zwischen einer einfachen Sanierung und dieser Aufwertung betrage gerade einmal CHF 500'000. Ganz ehrlich: Wer glaubt das wirklich? Wenn schon bei der sogenannten „Minimalvariante“ erhebliche Landerwerbskosten anfallen – was ist denn dann überhaupt noch minimal? Hier fehlt es an Transparenz. Und vor allem fehlt es an echter Auswahl. Dem Rat wird ein Prestigeprojekt vorgelegt und keine Alternativen die Optimierungspotenzial aufweisen, sondern man strebt nur ein Projekt an, und zwar das was uns heute vorgelegt wird.

Das Argument Flüsterbelag ist ein grosses Thema in diesem Projekt. Ja, der Kanton Aargau gilt hier als Vorreiter. Solche Beläge reduzieren den Lärm – zumindest am Anfang. Doch was gerne verschwiegen wird: Die Wirkung lässt bereits nach wenigen Jahren deutlich nach. Die Poren dieses Belags schlucken nicht nur Lärm, sondern auch Schmutz, Staub und Reifenabrieb. Sie verstopfen und damit verschwindet auch der Lärmvorteil. Bei Regen ist der Unterschied zu herkömmlichem Belag praktisch kaum mehr vorhanden. Noch entscheidender ist aber: Diese Beläge halten deutlich kürzer. Während ein normaler Strassenbelag 20 bis 25 Jahre hält, muss ein lärmarmen Belag oft schon nach 10 bis 12 Jahren ersetzt werden. Das bedeutet: mehr Baustellen, mehr Kosten – und am Ende auch mehr Belastung für die Bevölkerung.

Ergänzend: diese Beläge sind kaum recyclebar. Während herkömmlicher Strassenbelag wiederverwendet werden kann, landet ein grosser Teil der lärm mindernden Beläge am Ende auf der Deponie. Wir bitten um nachhaltiges Denken und wirtschaftliches Handeln.

Besonders stossend ist für uns auch der Umgang mit den Grundeigentümern. Da wird Land benötigt – und wenn es nicht freiwillig geht, dann halt mit Druck für ein Projekt, das in dieser Form schlicht nicht notwendig ist. Oder anders gesagt: andere sind bereit zu bestellen – zahlen soll am Ende die Bevölkerung. Denn eines zeigt die Erfahrung immer wieder: Solche Projekte werden teurer. 10 Prozent mehr? 20 Prozent mehr? Am Schluss sind Überraschungen zum Thema Kostenüberschreitungen vorhanden und niemand weiss dann mehr Bescheid. Und es bleibt ja nicht bei diesem einen Abschnitt. Wenn wir heute "Ja" sagen, öffnen wir die Tür für die nächsten Projekte in Nussbaumen und Rieden. Dann reden wir nicht mehr von ein paar hunderttausend Franken, sondern von Millionen. Wer heute zustimmt, stimmt also auch den nächsten Ausbauschritten bereits stillschweigend zu. Gleichzeitig wissen wir alle, was in Obersiggenthal auf uns zukommt: Sanierungen von Schulhäusern, Infrastruktur und ein wachsender Unterhaltstau. Das sind echte Prioritäten, nicht Hochglanzprojekte. Eines ist noch nicht klar, die Beteiligung vom Bund mir der gross angepriesenen Million. Was beinhaltet die Erfüllung für den Erhalt dieser Gelder, was für Kriterien sind, hier zu beachten, um diese Fördergelder zu erhalten oder ist es einfach nur ein Lockangebot? Ein Massnahmenkatalog wäre wünschenswert gewesen.

Darum sagen wir klar: Keine Luxuslösung auf Kosten der Steuerzahler. Keine unnötigen Landkäufe. Keine Politik nach dem Prinzip „sieht gut aus, kostet halt“. Wir wollen eine vernünftige, zweckmässige Sanierung – nicht mehr und nicht weniger. Die SVP-Fraktion lehnt mehrheitlich diesen Verpflichtungskredit ab.

Christian Blum: Ich habe gedacht, dass ich jetzt ins gleiche Horn stosse wie alle, aber das stimmt nicht nach der letzten Rede. Es ist doch erfreulich, dass die beantragten Verpflichtungskredite für die Sanierung des Abschieds Kirchdorf der K114 bereits recht genau im aktuellen Finanzplan der Gemeinde abgebildet sind. Es muss jedoch angemerkt werden, dass die

Kosten im Finanzplan vor allem 2028 und 2029 anfallen sollen, während die jetzige Planung ein Baustart erst im Frühling 2029 vorsieht, also die Kosten wandern etwas in die Zukunft.

Trotzdem sollten wir hier nicht mit einer ähnlich negativen Überraschung wie bei der Sanierung des Kirchwegs konfrontiert sein. In den im Einwohnerrat vorgelegten Zahlen ist bereits eine Sicherheitsmarge von 10% eingeplant. Auch ist es wahrscheinlich, dass sich der Bund an dem ungeraden Betrag von CHF 1.4 Mio. an den Kosten beteiligt, von dem es ca. CHF 500'000 der Gemeinde Obersiggenthal zukommen soll. Da die Kosten aber erst in drei bis vier Jahren anfallen, ist es gut möglich, dass ein grosser Teil der Sicherheitsmarge der Inflation und der unvorhergesehenen Kosten zum Opfer fällt. Trotzdem ist die Sicherheitsmarge recht gross. Was sind die Optionen, die wir heute Abend haben? Wir könnten die Verpflichtungskredite aus Kostengründen in ihrer Gesamtheit ablehnen und das Projekt dadurch kicken. Das erscheint nicht sinnvoll, da die Kosten einer Reinsanierung nicht wesentlich unter den jetzt vorgestellten Kosten liegen und da ist ein Entwicklungsrichtplan für die Landstrasse zu einem sehr späten Zeitpunkt torpedieren und dadurch den Status Quo über 10 plus Jahre zementieren würden. Insgesamt vermittelt die Planung des Kantons und Gemeinden einen sehr soliden Eindruck. Es handelt sich bei dem vorgelegten Projekt nicht nur um eine Sanierung, sondern es wird ein substanzieller Mehrwert für die Einwohner von Obersiggenthal geschaffen.

Eingeläutet wird eine langjährige Neugestaltung der Landstrasse über eine ganze Länge in Obersiggenthal. Dieses Projekt, das mehrere Jahre in der Planung ist und zu dem sich die Parteien wie auch die Einwohner schon 2025 oder auch schon früher äussern konnten, hat im Moment keine Alternative und sollte schon aus diesem Grund direkt vor das Volk kommen und nicht durch den Einwohnerrat bereits im Keim erstickt werden.

Weitere Optionen: wir könnten die Verpflichtungskredite ablehnen und verlangen, dass die Neugestaltung der Landstrasse mit verbindlichen Zusagen des Kantons zur Zentrumsentlastung ZEL-Lang verbunden wird, denn das ist ein bisschen der helfende Raum, der viel Verkehr daher durchgeht, der ZEL-Lang momentan auf die lange Bank geschoben wird. Hier sitzen wir mit Sicherheit am kürzeren Hebel, der Kanton wird dann die Sanierung der Landstrasse im Kirchdorf forcieren. Und die Landstrasse bleibt mit oder ohne Zell eine zentrale Verkehrsader, die adäquat gestaltet werden muss. Gibt es Aspekte des Projekts, die offensichtlich planerisch verbessert oder gestrichen werden könnten? Das vorgelegte Projekt adressiert die Mehrzahl der bekannten Probleme, Sicherheitsdefizite, Erschliessung Kirchdorf, Lärm, Hochwasserrisiken, Bergleitungen und mehr. Was es nicht macht, es reduziert nicht per se den motorisierten Individualverkehr durch Obersiggenthal. Es nimmt aber der Landstrasse den Charakter einer Verkehrsschneise in der Ortschaft und signalisiert dem Autofahrer mehr als heute, dass man sich in einer Ortschaft befindet, die ein Eigenleben hat und die die Mobilitätsbedürfnisse der Einwohner nicht gänzlich dem Durchgangsverkehr unterordnet. Vielleicht müssen wir uns auch selbst an die Nase fassen und öfters auf das Velo und in den Bus als in das Auto steigen. Und einen grossen Teil des Verkehrs, den wir hier sehen, verursachen wir selber. Man könnte nun die Idee haben, die Begrünung zu streichen, dann wären wir wieder bei einer zu geteereten Schneise durch den Ort. Sollte die Begrünung sich also in einem Grund als problematisch darstellen, kann sie später sicher zu vertretbaren Kosten entfernt werden, so sie denn kommt. Nachträglich hinzufügen wird man sie aber nicht können. Vielleicht werden sich Aspekte des Kirchdorfer-Abschnitts nach der Realisierung als problematisch herausstellen. Es besteht aber die Möglichkeit, dass Probleme in der zweiten und dritten Phase der Neugestaltung der Landstrasse behoben werden. Die FDP-Fraktion bedankt sich beim Gemeinderat und dem Kanton für die sorgfältige und visionäre Planung der Neugestaltung des Kirchdorfer-Abschnitts der Landstrasse und stimmt den dies betreffenden Anträgen des Gemeinderates zu. Die FDP Obersiggenthal wird sich auch am elektronischen Anhörungsverfahren des Kantons zum Gesamtverkehrskonzept Raum Baden und Umgebung beteiligen und sich dabei für eine Priorisierung von ZEL-Lang und Buseinsätzen und respektive für alternative Massnahmen, die den Verkehr durch Obersiggenthal reduzieren.

Christian Grau: Die Mitte-Fraktion hat das Projekt auch sehr engagiert diskutiert und es sind auf Anhieb auch ein paar Sachen klar geworden, wie dass eine solche Sanierung oder auch eine Aufwertung der Verkehr nicht aus Obersiggenthal wird herausbringen. Das ist dann vielleicht

die Aufgabe oder die Möglichkeit, in der GVK einmal wird umsetzen können. Des Weiteren ist uns allen wichtig, dass die finanzielle Belastung der Gemeinde möglichst gering bleibt. Ein weiterer Punkt ist, dass Kirchdorf bei der Einfahrt in die Landstrasse ein ernsthaftes Problem hat; das ist im Stossverkehr nicht einfach so möglich. Und auch noch ein Fakt ist, dass dieser Abschnitt in einem sehr schlechten Zustand ist. Der Kanton teilt diesen Abschnitt in die schlecht-möglichste Kategorie ein. Beim vorliegenden Projekt handelt es sich um ein Geschäft, dass die Gemeinde schon lange beschäftigt. Vor rund 10 Jahren wurde mit den Arbeiten am Erscheinungsbild Landstrasse begonnen. In der Zwischenzeit wurden die Bürgerinnen und Bürger miteinbezogen. Der Gemeinderat wie auch der Kanton Aargau haben viel Arbeit geleistet. An dieser Stelle möchten wir uns bedanken für die geleistete Arbeit und auch für die Ausarbeitung des Projekts, welches als sehr wohlgeformt und abgerundet auftritt. Es sind Visualisierungen gemacht worden, die sehr ansprechend sind, die erklären, wie es aussehen kann. Es wurde gleichzeitig auch auf die Erhöhung der Verkehrssicherheit aller Verkehrsteilnehmer Wert gelegt. Die Lärmoptimierung entlastet die Leute, die an der Strasse wohnen und es hat beschattete Teerflächen durch die Bäume, was vielleicht nicht gleich wertvoll ist, wie wenn die Fläche wirklich offen wäre, aber wenn man das anschaut, dass das halt auch gebraucht wird, die asphaltierte Fläche, dann ist das immer noch ein sehr guter Kompromiss oder der beste vielleicht, den man machen kann. Zur Beurteilung der finanziellen Seite des Vorhabens hat uns der Gemeinderat und der Kanton mit den Kennzahlen versorgt. Wer an der Informationsveranstaltung teilgenommen hat, ist darüber informiert worden, welche Planungsreserven im ausgewiesenen Endbetrag enthalten sind und wie man die wirklich anfallenden Kosten berechnen kann. Ich erspare es uns diese Ausführungen zu wiederholen und verweise auf die Dokumentation.

Aufgrund all dieser Punkte ist die Mitte-Fraktion grossmehrheitlich für die Annahme dieses Geschäfts. Und zwar hat es uns vor allem die Verkehrssicherheit von allen Verkehrsteilnehmern und die Reduktion des Lärms angesprochen. Das Problem der Einfahrt in die Landstrasse, die 20 Jahre eigentlich schon ein Brenner ist bei uns, wird gelöst. Der Hochwasserschutz beim Tobelbach wird auf einen guten Weg gebracht und nicht zuletzt ist es eigentlich auch unser eigenes Projekt, über das wir jetzt reden, wo die Bewohner von Obersiggenthal mitgearbeitet haben und wir finden, es sollte den Bewohnern auch die Möglichkeit geben, selber darüber zu entscheiden, ob sie das dann umsetzen wollen oder nicht.

Daniela Graubner: Die EVP-Fraktion hat die hohe Investition für die Sanierung der Landstrasse eingehend diskutiert. Einerseits sind wir der Ansicht, dass es sich um eine sehr grosse Summe für die Sanierung um einen Abschnitt handelt, der lediglich rund ein Drittel unserer gesamten Landstrasse ist. Andererseits hat die Präsentation des Kantons am 25. Februar 2026 das Projekt detailliert erläutert und wichtige Aspekte aufgezeigt. Insbesondere für die nachträglich vorgelegte Kostenteilung zwischen der reinen Sanierung und der Aufwertung zeigt einen Unterschied von nur einer halben Million. Die Differenz hat uns sehr erstaunt. Wir wollen uns heute entscheiden, ob uns die halbe Million wert ist, um all die Massnahmen, die jetzt erweitert wurden, auch noch zu investieren im Gegensatz zu einer reinen Sanierung. Dank einem vorteilhafteren Verteilschlüssel sowie dem Beitrag aus dem Agglomerationsprogramm fällt der Gemeindeanteil bei der Aufwertungsvariante einiges tiefer aus als bei einer reinen Sanierung. In Anbetracht dessen, dass der Kanton die Strasse ohnehin saniert und die Gemeinde gemäss Dekret verpflichtet ist, 25% der Kosten zu übernehmen, stimmt die EVP-Fraktion dem vorliegenden Verpflichtungskredit zu.

Peter Huber, Gemeinderat: Ich melde mich noch zu den Bäumen bei der Hertensteinstrasse, dass ich das auch noch erwähnt habe. Ja, 2 Bäume stehen tatsächlich auf der Mittellinie, dies ist nicht gerade in deiner Ecke, aber die anderen Bäume wären grundsätzlich auf Privatland gewesen, daher wurden diese nicht realisiert. Der Unterschied jetzt bei diesem Projekt K114 ist, dass das nicht Privatland ist, sondern das gehört dann zum Projekt des Kantons. Vielleicht gleich auch noch schnell zur Frage von Wilma Hunziker. Die Umweltbegleitung ist grundsätzlich Sache des Bauprojekts und der Baueingabe und da wird sicher auch nicht mehr bei der Bewilligung darauf geschaut, dass das läuft, dass wir das einfach beantworten können.

Daniel Meier: Ich möchte auch beliebt machen, dass man dem Projekt zustimmt, eben aus all diesen Gründen, die gesagt worden sind. Und ich glaube, wichtig ist schon wirklich der Aspekt in Kirchdorf, dass man die Ein- und Ausfahrten der Weidackerstrasse und der Brühlstrasse, dass wir das wirklich mit dem Projekt erleichtern und vereinfachen können. Nicht nur das, sondern auch die vielen Ein- und Ausfahrten der einzelnen Anwohner, die dort links und rechts entlang der Strasse wohnen, die dank dem Mittelstreifenkonzept eben dann auch einfacher in die Strassen hinein und heraus kommen. Also ich denke, das sind alles positive Aspekte, die ganz klar für das Projekt stimmen. Im Gegensatz, wenn man nur eine Sanierung macht, dann haben wir nämlich genau das nicht und das hilft uns eigentlich nicht wirklich weiter.

Christian Grau: Ich habe auch etwas, das nicht in der Fraktionsmeinung gewesen ist, sondern wo noch ein Bewohner oder ein Obersiggenthaler auf mich zugekommen ist. Ich stelle dies jetzt als Frage an den Gemeinderat. Er meinte, wir haben darüber diskutiert, dass bei der Nachtabsenkung der Beleuchtung jede zweite Lampe ein- oder ausgeschaltet werden könnte und das ist dann schlussendlich aus Kostengründen scheinbar nicht gemacht worden. Wird nun so geplant, dass man dies machen könnte, wenn das nötig wäre? Es werden ja etliche Kandelaber verschoben und hier kann man das allenfalls in die Planung einfließen lassen.

Peter Huber, Gemeinderat: Das ist sicher nicht in der Planung drin verwendet, aber das könnte man vielleicht noch einfließen lassen. Die Frage ist, ob das Sinn macht, aber wir werden dies anschauen

Mattia Aemmer: Viele gute Punkte sind bereits genannt worden. Es gibt aber einen Punkt, den man ergänzen muss, nämlich den Elefanten im Raum, und zwar der Klimawandel. Momentan ist es in Zahlen so, dass ein durchschnittlicher Anstieg von 2,5% in der ganzen Schweiz. Das hat auch zur Folge, dass wir 13% intensivere und 30% häufige Starkregenereignisse haben. Das ist eine Belastung der aktuellen und unserer zukünftigen Infrastruktur. Genauer kann ich darauf verweisen, dass man auf gewissen Bio-Klimaarten in unserem Kanton ganz klarsieht, dass Asphalt bekannterweise Hitze speichert. Und wenn wir jetzt keine Begrünung machen, dann machen wir einfach eine kleine Sauna auf der Landstrasse. Aber durch die Begrünung, durch die Verdunstung der Grünflächen durch Beschattung können wir dort etwas entgegenwirken. Deshalb würde ich euch gerne ans Herz legen wollen, diese Karten-Monitore zu geben. Wir haben im Vergleich die aktuelle Situation und unten haben wir den Vergleich, wie es 2035 aussehen könnte. Fazit ist, wenn man einfach weitermacht wie bisher, dann verpassen wir die Chance, unsere Gemeinde klimaresistent aufzuwerten und wenn man das jetzt aktuell nicht macht, sondern zuwartet und es immer heisser und heisser wird, wenn wir in Zukunft erst mit Grünflächen aufwerten müssen, wird dies viel teurer als wenn wir jetzt die Chance nutzen und die ganze Strasse bewerten. Deshalb bitte ich, im Namen der Vernunft, der alten Bevölkerung und im Namen der zukünftigen Generation, das Projekt anzunehmen.

Christian Buser, Präsident: Zur Abstimmung möchte ich an dieser Stelle noch einmal auf das Geschäftsreglement verweisen, § 12, denn es geht um Landerwerb und in dem Kontext hat bei einem Verhandlungsgegenstand ein Mitglied des Einwohnerrates ein unmittelbares und persönliches Interesse, weil er für direkte und insbesondere finanzielle Folgen bewirkt, so haben er und seine Ehegatten bzw. eingetragene Partner, seine Eltern sowie seine Kinder mit ihren Ehegatten bzw. eingetragenen Partnern vor der Abstimmung, das Versammlungslokal zu verlassen. Es betrifft sicher Daniel Gadiant, gibt es sonst noch jemanden, der eine Verwandtschaft hat mit einer Parzelle entlang der Landstrasse, die betroffen wäre von einem Landerwerb? Dies ist nicht der Fall.

Daniel Gadiant begibt sich für die Abstimmung in den Ausstand.

Dann sind wir jetzt für die Abstimmung 36 vereidigte Einwohnerräte. Das absolute Mehr, liegt demnach bei 19. Ihr habt die Anträge bekommen, jetzt geht es von A bis F. Ist jemand nicht einverstanden, wenn wir das on Globo abstimmen? Das ist nicht der Fall.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat folgende Anträge zu genehmigen:

- a) **Der Verpflichtungskredit von CHF 4'043'550 für die Sanierung der Landstrasse wird bewilligt, inklusive Mehrwertsteuer, Preisstand 2025**
- b) **Der Verpflichtungskredit von CHF 407'750 für die Sanierung Bachdurchlass Tobelbach im Bereich der Landstrasse wird bewilligt, ebenfalls inklusive Mehrwertsteuer, Preisstand 2025.**
- c) **Der Verpflichtungskredit von CHF 423'000 für die Sanierung der Wasserleitung im Bereich der Landstrasse wird bewilligt, inklusive Mehrwertsteuer, Preisstand 2025.**
- d) **Der Verpflichtungskredit von CHF 183'000 für die Sanierung der Abwasserleitung im Bereich der Landstrasse wird bewilligt, inklusive Mehrwertsteuer, Preisstand 2025**
- e) **Der Verpflichtungskredit von CHF 240'000 für die Sanierung der öffentlichen Beleuchtungen im Bereich Landstrasse wird bewilligt, inklusive Mehrwertsteuer, Preisstand 2025**
- f) **Der Verpflichtungskredit von CHF 203'000 für die Möblierung im Bereich der Landstrasse, Abschnitt Kirchdorf, wird bewilligt, inklusive Mehrwertsteuer, Preisstand 2025.**

Die Anträge wurden mit 29 Ja-Stimmen zu 4 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen genehmigt.

- 5 2026/19 Motion glp- und SP-Fraktion betreffend Umsetzung Masterplan Bachmatt - Der Gemeinderat ist nicht bereit, die Motion zu überweisen.**

Eintreten nicht bestritten.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Ich bin hier wieder als Vertreterin von Peter Marten in dieser Funktion, nur ganz kurz. Für den Gemeinderat ist im Moment die Zukunft zu früh, dass man darüber entscheiden könnte, es stehen diverse Punkte an, die man noch lösen muss auf dem Bachmatt-Areal. Ich verweise im Wesentlichen auf die Vorlage. Noch eine Ergänzung zu den Sitzbankgarnituren; die sind mittlerweile platziert, die sind ja im letzten Winter vorübergehend im Schulhaus Goldiland gestanden und sind mittlerweile im Bachmatt-Areal. Der Gemeinderat ist nicht bereit, die Motion entgegen zu nehmen.

David Wick: Ich würde sagen, ideell und für uns als Gemeinde ist es fast so wichtig, langfristig, wie die Geschichte, die wir vorher abgestimmt haben, nämlich den Erhalt des Dorfkerns bzw. die Erweiterung des Kernzentrums von Nussbaumen. Auch wenn es um einen Betrag geht, der etwa 300-fach so klein ist wie das, was wir vorher freigegeben haben, aber keine Angst, wir wollen keine 300 Kiesrasen im Dorf. Ich habe es vorhin gesagt, wir haben einen Dorfkern, ein Dorfzentrum, das ist in Gemeindebesitz, das heisst, die Gemeinde hat Kontrolle darüber, kann steuern, was dort gebaut wird und was nicht, wie das erweitert wird und das ist eine einmalige Chance. Viele solche Gelegenheiten haben wir nicht in Nussbaumen. Das heisst, wir müssen dem Sorge tragen. Im Moment hat es einen Spielplatz drauf es hat ein paar Bäume dort, es hat die Ludothek, die Bibliothek und so weiter. Dann hat es noch so einen temporären Ponyhof, das Strübelihaus, das nicht gebraucht wird im Moment, dann hat es ein Kiesfläche, welche zwischendurch als Abstellplatz gebraucht wird, aber das hat noch Potenzial. Und ich glaube, wir sind uns alle einig, dass das Bachmatt-Areal das Zentrum unseres Dorfes

ist und dass wir das erhalten wollen. Und aus diesem Grund hat vor rund 10 Jahren die Planungskommission den Auftrag des damaligen Gemeindeammanns, erhalten, das zu erarbeiten, da ist es vor allem um diese Fragen gegangen, wie kann gebaut werden, wie kann erweitert werden, wie kann die Zugänglichkeit des Areals geschützt werden, wie können Grün- und Uferplatzflächen aussehen. Und wie kann einfach langfristig sichergestellt, dass das ein Dorfzentrum wird und bleibt und dass man das so aufwerten kann. Das alles hat dann in einen sogenannten Masterplan hineingeführt, der an sich nicht verbindlich ist - das ist noch wichtig zu wissen - aber grundlegende Sachen festlegen, zum Beispiel dass man gegen die Strasse hin Bauten vornehmen möchte und ins Zentrum hinein begrünen will, um die Qualität auch langfristig zu sichern. Es ist ein sehr flexibler Plan, es ist nicht so, dass dort festgelegt ist, das Haus muss genau so aussehen, sondern es sind Zonen, die definiert worden sind. Und innerhalb dieser Zonen möchten wir, dass der Masterplan befolgt wird. Der Plan ist im Jahr 2021 vom Gemeinderat bewilligt worden und in Kraft getreten, was eben in Kraft getreten heisst, da es eben kein verbindlicher Zonenplan ist. Und seitdem ist nicht viel passiert. Also es sind keine Sofortmassnahmen umgesetzt worden, es sind doch schon fünf Jahre vergangen. Im Gegenteil könnte man sagen, es sind eher Sachen passiert, die dem entgegenwirken. Jetzt hat es einen Neubau gegeben beim Neuhaus, das Gästehaus dort. Dadurch ist jetzt quasi der Zugang von dorthin zum Areal nicht mehr möglich. Das ist Privatgrund, aber man hätte dort etwas aushandeln können, damit es doch noch Zugang gibt. Das war beispielsweise ein wichtiger Bestandteil des Masterplans. Der Kiesplatz wird im Moment für Container gebraucht, das Strübelihaus wird auch nicht weiterentwickelt oder ist im Moment on hold. Jetzt kann man sagen, das sind alles kleine Sachen, die an sich den Braten nicht feiss machen aber das Problem ist, genau diese kleinen Sachen in der Summe werden das Areal langfristig einfach abwerten, anstatt zu erhalten und aufzuwerten. Und das ist eigentlich unser Hauptanliegen mit dem Vorstoss von Marco Erni von der SP bzw. von der GLP, dass wir vom Gemeinderat ein verbindliches Commitment wollen, dass der Masterplan in seiner Flexibilität und mit seinen Zielen erhalten bleibt. Und dann haben wir wahrscheinlich den Fehler gemacht, dass man als erste Sofortmassnahme die Umsetzung des Kiesrasens, gefordert haben für plus-minus CHF 10'000 bis 15'000. Jetzt ist es so, der Kiesrasen wäre ein sicheres Zeichen für eine Veränderung. Es ist nicht das Paradies auf Erden, es ist ein Platz mit Kies, ein bisschen Rasen und ein bisschen Grün drin, aber es ist dennoch auch ein Zeichen. Die Preisverhältnis ist überschaubar. Jetzt kommt der Gemeinderat und sagt, man muss noch die Schulraumplanung abwarten, diese sollte bald abgeschlossen sein. Das ist gut und recht, aber dann gibt es noch die Bibliothek oder das Gemeindehaus, das vielleicht noch erweitert wird. Dann weiss man noch nicht genau, was im Kindergarten passiert, weil die Ludothek vielleicht da noch zusammengelegt wird. Wenn man das alles so ein bisschen zusammensetzt, bis dann wirklich einmal klar ist, was mit dem Kiesrasen oder dem Kiesplatz passiert, dann geht es gleich noch eine Weile. Was wir aber jetzt einbeziehen möchten oder anders gesagt, dem Fakt Rechnung tragen möchten, ist, dass wir sagen, wir warten die Schulraumplanung ab und geben quasi in dieser Motion einen Änderungsantrag und sagen, es sollen CHF 15'000 für das Jahr 2028 budgetiert werden. Spätestens bis dann sollten die Schulraumplanungen - zumindest in den Grundzügen - stehen. Und mit diesen CHF 15'000 soll nicht zwingend ein Kiesrasen realisiert werden, sondern einfach etwas, das das Areal aufwertet.

Also da geben wir relativ viel Flexibilität und Freiheit in die Hand des Gemeinderates, um darüber entscheiden zu können. Aber ich möchte noch einmal sagen, dass das Hauptanliegen ist, dass man den Masterplan unterstützt und dass man den verbindlich quasi festsetzt und der Gemeinderat alles macht, um das Areal zu erhalten. Ich würde mich sehr freuen, zusammen mit relativ vielen Genossen und Genossinnen in dieser Ecke, wenn ich ihr vielleicht das Zeichen für diesen Dorf setzt.

Änderungsantrag:

Anstelle des ursprünglichen Antrags "Die Sofortmassnahmen partielle Umwandlung der Kiesfläche in Kiesrasen soll 2026 budgetiert und 2027 umgesetzt werden" wird der Antrag wie folgt umformuliert:

Für die Umsetzung der Sofortmassnahmen soll die Schulraumplanung abgewartet werden, jedoch spätestens für das Budget 2028 ein entsprechender Posten von CHF 15'000 zur Aufwertung des Kiesplatzes eingeplant werden.

Christian Buser, Präsident: Bevor wir hier weiter diskutieren und zu den Fraktionsmeinungen kommen, möchte ich kurz erwähnen, wie wir vorgehen würden. Wir haben den neuen Antrag im Voraus erhalten und würden nun die beiden Anträge einander gegenüberstellen. Wenn der ursprüngliche Antrag obsiegt, dann gibt es die Abstimmung des Gemeinderates, dass der Antrag quasi nicht zu überweisen ist.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Die Motionäre haben die Möglichkeit, den Vorstoss zu ändern und damit ist die ursprüngliche Motion vom Tisch. Es gibt jetzt die neue Motion, die neue Variante. Und dann ist die Frage, ob diese überwiesen werden soll oder nicht.

Christian Buser, Präsident: Gut, kennen wir denn schon die Meinung des Gemeinderates hierzu?

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Also ich wäre froh, wenn wir so Sachen vorher erfahren und erhalten könnten, denn dann könnten wir uns in Ruhe darüber austauschen. Denn so bisschen krisenmässige Sitzungen noch 5 Minuten vor der Einwohnerratssitzung macht es etwas schwierig, wenn man das fast auf den letzten Drücker bekommt. Aber das haben wir selbstverständlich gemacht.

Wir stellen den Antrag auf Nichtüberweisung. Ich kann euch auch begründen warum. Und zwar betrifft der Antrag die Budgetierung des Jahres 2027 für das Jahr 2028. Ich weiss nicht, was nächstes Jahr ist. Ich nehme an, ihr alle wisst nicht, was nächstes Jahr ist.

Und für mich ist dieser Antrag ein klassischer Antrag, der der Einwohnerrat direkt an der Budget-Sitzung des Einwohnerrates stellen kann und direkt an dieser Sitzung darüber entschieden wird. Denn wenn man jetzt diese Motion entgegennimmt, die der Gemeinderat verpflichtet, im Jahr 2027 im Betrag von CHF 15'000 für das Jahr 2028 in das Budget einzuplanen, weiss ich nicht, vielleicht gibt es in der nächsten Einwohnerratssitzung die nächste Motion für die Budgetierung vom Jahr 2030 oder vom Jahr 2028. Ich bin der Meinung, dass das nicht zielführend für den Parlamentsbetrieb sein kann, denn ich weiss nicht, wenn die Buchhaltung zu führen mit diesen ganzen Motionen, welche Beträge fix der Gemeinderat einsetzen muss in ein Budget in Zukunft, ist sehr herausfordernd. Und das ist der Grund, warum wir diese Motion nicht überweisen möchten.

Christian Buser, Präsident: David, möchtest du nochmals ganz kurz etwas sagen, bevor wir zu den Fraktionsmeinungen kommen?

David Wick: Vorher waren es drei Seiten, jetzt würde ich eine Viertelseite sagen. Also unser Hauptanliegen ist, dass der Masterplan verbindlich festgesetzt wird. Das ist für mich eine Antwort, die genau eben das widerspiegelt, dass man es rauszögert, rauszögert und rauszögert. Das ist ein Antrag für CHF 15'000, der spezifisch ist. Ich glaube, das ist machbar. Es kann ja auch bereits dieses Jahr festgesetzt werden für das Budget 2027. Also, du hast genug Spielraum, das sollte den Gemeinderat nicht überfallen.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Die Verbindlichkeit des Masterplans kann der Einwohnerrat nicht beschliessen. Der Einwohnerrat kann beschliessen, dass man den Kiesrasen macht. Im Rahmen einer Motion oder insbesondere eben anlässlich einer Budget-Sitzung kann der Einwohnerrat den Antrag stellen, "wir beantragen die Aufnahme von CHF 15'000 für die Realisierung eines Kiesrasens" und dann wird an der Budget-Sitzung darüber abgestimmt. Wir haben das schon verschiedene Male gehabt, wir haben uns zum Beispiel über die SBB-Tageskarten unterhalten oder über die Schwimmbadeintritte haben wir anlässlich der Budget-Sitzungen entschieden. Ich möchte euch wirklich beliebt machen, hier nicht eine Türe zu öffnen, denn es ist wirklich schwierig sonst.

Mia Jenni: Ich bin davon ausgegangen, dass die Anpassung direkt zu einer neuen Motion führt. Gerne möchte ich am Anfang meiner Wortmeldung zwei Ratssitzungen zurückgreifen und aus dem Bericht der Legislaturziele des Gemeinderates zitieren. Dort war unter dem Punkt "Zusammenleben" auch die Umsetzung des Massenplans Bachmatt-Areal traktandiert und

diese war mit einem grünen Punkt gekennzeichnet. Das bedeutet, dass dies ja erledigt oder auf einem guten Weg ist. Man hat Bäume gepflanzt. Das haben wir heute gehört, und auch aus den Unterlagen ging hervor, dass Sitzbänke angeschafft wurden. Was ich aber zitieren möchte, ist ein weiterer Punkt: "auf die Umsetzung des Kiesrasens, verzichtete der Gemeinderat zweimal aus Kostengründen, der Einwohnerrat beantragte in der Budgetberatung nicht die Aufnahme der entsprechenden Kosten." Es ist also klar aus Unterlagen erkennbar, dass man beim Kiesrasen erstens aus Kostengründen verzichtet und damit Kosten von ungefähr CHF 15'000 wichtiger gewichtet als das Zusammenleben im Zentrum von Nussbaum oder auch von Obersiggenthal und eben das Angehen des Masterplans, welcher seit dem Jahr 2021 besteht und zweitens, dass man auf eine Aufforderung aus dem Einwohnerrat wartet. Wir haben das gelesen und haben zusammen mit der GLP befunden, gut dann kommt jetzt diese Aufforderung und das ist die vorliegende Motion, über die ihr heute befinden wollt. Persönlich erstaunt es mich, da ich sehe, dass man jetzt noch weitere Gründe aufführt, warum das alles nicht möglich sein sollte, den Masterplan aus dem Jahr 2021 umzusetzen und so das Zusammenleben, das eigentlich der Masterplan bewirkt, in dem das Zentrum weiterhin eigentlich auf die lange Bank schieben möchte, respektive nur mit Sitzbänken lösen möchte. Und wenn man dann das genauer anschaut, ist ja dort auch auf dem Masterplan sehr wohl eingezeichnet, wo grössere Bauten ankommen könnten, also ganze Schulhäuser und auch die Erweiterung des Gemeindehauses ist ja dort ebenfalls schon kennzeichnet. Ich verstehe auch wenig, warum man sagt, eine Planung verhindere, dass man einen Kiesrasen machen kann, der ja relativ schnell installiert ist, denn eine Planung heisst ja nicht, dass man es direkt baulich auch schon umsetzt und ein Kiesrasen ist ja wirklich niederschwellig zu realisieren. Und in der Motion steht auch, es muss nur partiell umgesetzt werden, das heisst nicht, dass der ganze Platz begrünt werden muss, man möchte nicht einmal, dass der ganze Platz nachhaltiger, biodiverser und lebenswerter für die Gemeinde gemacht werden muss. Die Diskussion über den Zeitpunkt der Schulraumplanung haben wir in unserer Fraktion auch gehabt und wir stehen hinter dieser Änderung, die hier heute vorgebracht wurde, dass man spätestens im Jahr 2028 einen entsprechenden Budgetposten einstellen sollte. Das entspricht auch - um zum Anfang zurückzukommen - der Bitte des Gemeinderates, dass es doch ein klares Zeichen vom Einwohnerrat geben sollte, dass es eine Kiesrasen braucht, respektive eine Entwicklung des Bachmatt-Areals. Geben wir doch heute das Zeichen mit der Überweisung der Motion. Das Areal liegt brach, und das schon seit Jahren, mitten in diesem sehr festwachsenden Obersiggenthal, das wissen wir alle. Wir können heute ein Zeichen setzen und aus dem Parkplatz einen Ort zum Zusammenleben machen, wie das auch die Legislaturziele des Gemeinderates vorgesehen haben. Zu der Argumentation, dass man es doch im Budgetprozess einbringen sollte; das können wir sicherlich auch machen. Wir hatten andere Geschäfte in diesem Rat wie OpenSunday, die wir auch dazwischen beschlossen haben. Auch das ist nicht ein Novum in diesem Rat; es kann gemacht werden und es darf gemacht werden.

Andreas Leupin: Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass die Aufwertung des Kiesplatzes zum heutigen Zeitpunkt, das heisst voraussichtlich Mitte Jahr, mehr Klarheit zur Schulraumplanung besteht, verfrüht und die diesbezügliche Empfehlung des Gemeinderates zur Nichtüberweisung der Motion nachvollziehbar ist. Und zwar auch für den neuen Vorschlag. Wir haben das auch schon angehört, gerade vorher natürlich, und sind eigentlich auch der Meinung, dass das auch für den neuen Vorschlag gilt. Dazu ist insbesondere auch zu beachten, dass der Masterplan zum Bachmatt-Areal bereits Ende 2021 vom Gemeinderat verabschiedet worden ist, aber erst 2022 ein grundlegender Sanierungsbedarf für das Bachmatt-Schulhaus erkannt worden ist. Man hat dort den maroden Dachstock festgestellt und man musste in dieser Notaktion dafür sorgen, dass überhaupt wieder 4 Schulzimmer in Betrieb gehalten werden können. Im Masterplan 2021 ist zwar nach dem damaligen Wissensstand, ohne dass man gewusst hat, dass man im Schulhaus etwas machen muss, die Aufwertung des Kiesplatzes als mögliche, schnelle und kostengünstig realisierbare Sofortmassnahme bezeichnet worden. Jetzt ist die Frage, was versteht man unter einer Sofortmassnahme, heisst das, es muss sofort umgesetzt werden oder es ist eigentlich sehr schnell zum Zeitpunkt machbar? Wir sind der Meinung, dass Letzteres gemeint ist, also dass man es relativ flexibel machen kann, wenn man sieht, dass es jetzt ideal wäre. Obwohl auch die FDP so eine Aufwertung des Kreisplatzes als wün-

schenswert betrachtet, ist sie mit dem heutigen Wissen zum Zustand des Bachmatt-Schulhauses absolut nicht prioritär. Im Zentrum steht vielmehr die Klärung des notwendigen Sanierungsbedarfs und unter Berücksichtigung einer belastbaren Schulraumplanung die Sicherstellung einer optimal aufeinander abgestimmten Umsetzung verschiedener Massnahmen des Masterplans, für das Bachmatt-Areal und die Sanierung des Bachmatt-Schulhauses. Das ist für mich wirklich eine Frage der Priorisierung. Wenn ich ein altes Haus saniere, verputze ich auch nicht erst einmal alle Wände neu, obwohl vielleicht absehbar ist, dass die Wasserleitungen in den Wänden unter Umständen marode sind und die Wände kurze Zeit später aufgespitzt werden müssen. Aus diesem Grund lehnt die FDP-Fraktion zum jetzigen Zeitpunkt die Überweisung dieser Motion und damit den Auftrag am Gemeinderat für eine vorliegende Budgetierung und Realisierung der Aufwertung des Kiesplatzes an der heutigen Sitzung geschlossen ab. Da aktuell noch keine belastbaren Aussagen möglich sind, ob und wie es mit dem Schulhaus Bachmatt weitergeht und ob auf dem Kiesplatz allfällige Schulraumprovisorien während der Sanierung des Schulhauses realisiert werden müssen. Die Ablehnung begründet sich also nicht damit, dass die FDP mit dem Grundgedanken hinter der Motion nicht einverstanden wäre, sondern dass basierend auf dem aktuellen Wissenstand eine Terminierung der Aufwertung des Kiesplatzes - wie auch in der angepassten Motion vorgesehen ist - schlicht verfrüht und nicht belastbar ist.

Ivan Füglistner: Ich schliesse mich eigentlich den Worten meines Vorredners an. Es macht momentan einfach nicht so viel Sinn, hier etwas zu investieren, wenn man nicht weiss, was mit dem Areal läuft. Wenn man natürlich nachher in der nächsten Infositzung hört, was man plant mit dem Areal, macht es mehr Sinn, auch das vielleicht gerade in einem Zug miteinfließen zu lassen. Wir werden der Überweisung auch nicht zustimmen.

Roger Rüede: Wir haben schon viel gehört, wir haben die Wünsche der Motionäre gehört, wir haben die Argumentation des Gemeinderates gehört. Die Mitte-Fraktion schliesst sich der Argumentation des Gemeinderates an, weil es einfach irgendwo im Moment nicht der richtige Zeitpunkt ist, weil verschiedene Projekte noch anstehen könnten und auch die Schulraumplanung im Einwohnerrat Mitte Jahr noch Thema sein wird. Darum werden wir der Überweisung auch nicht zustimmen.

Daniela Graubner: Die EVP-Fraktion anerkennt den Handlungsbedarf des Bachmatt-Areals, insbesondere im Hinblick auf die Schaffung eines zentralen Begegnungsortes und der Treffpunkt im Dorfzentrum. In der aktuellen Situation wirkt das Areal wenig einladend und erfüllt die Funktion nur ungenügend. Gleichzeitig erscheint uns die Argumentation des Gemeinderates aber nachvollziehbar, zunächst die Ergebnisse der Schulraumplanung abzuwarten. Im Anschluss erwarten wir aber, dass die notwendigen Schritte eingeleitet und entsprechende Entscheidungen getroffen werden, oder wie es Peter Marten erklärt hat, dass Dominosteine in den Entscheidungen fallen. In der vorliegenden Motion vermissen wir zudem eine fungierende Kostenanalyse der vorgeschlagenen Massnahmen. Wir bitten doch die Motionäre, künftig transparente Kostenabklärungen vorzunehmen, um die bereits in der Vorlage darzulegen. Wir lehnen die Überweisung ab.

David Wick: Ich freue mich über eure Erklärungen. Das Leben als Motionär ist nicht einfach, das lernt man langsam auf einem harten Weg. Ich möchte auch noch einmal sagen, grundsätzlich höre ich aus allen Wortmeldungen heraus, dass alle dieses Zentrum und den Masterplan bzw. die Ideen, die dort festgehalten sind, wollen, aber irgendwie eben doch nicht. Weil es dann an Auslegungsfragen scheitert. Wenn man sagt, Sofortmassnahmen kann man so auslegen, dass in sieben Jahren nach dem der Masterplan beschlossen worden und zur Umsetzung freigegeben worden ist, immer noch nicht klar ist, wie es weitergehen soll, dann weiss ich schon, wieso wir als Gemeinde wahrscheinlich die Chance verpassen, dass wir dann wirklich mal etwas anpacken und angehen. Und das finde ich natürlich schade, denn das wäre wieder so eine Chance gewesen. Und ich hoffe sehr, wenn wir die Chance jetzt nicht packen, dass dann aus eigenen Stücken von Seiten Gemeinderat herkommt und er sich an den Bachmatt-Entwicklungsplan hält. Das ist meine Hoffnung und meine Schlussfolgerung.

Keine weiteren Wortmeldungen

Abstimmung

Die Motion der glp- und SP-Fraktion betreffend Umsetzung Masterplan Bachmatt sei nicht zu überweisen.

Der wurde mit 20 Ja-Stimmen zu 11 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen genehmigt.

6 2026/20 Einführung der Stellvertretungsregelung im Einwohnerrat - Anpassung des Geschäftsreglements des Einwohnerrates

Eintreten nicht bestritten

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Das ist basierend auf einer Motion der SP. Wir haben uns bei der Ausarbeitung als § 7a des Geschäftsverkehrsgesetzes vom Kanton Aargau gehalten. Darüber wurde im Jahr 2022 abgestimmt und erst nach dieser Gutheissung ist es für die Einwohnerräte möglich gewesen, eine Stellvertretungslösung zu installieren. Wir haben uns an diesen Wortlaut gehalten.

Carol Demarmels: Vielen herzlichen Dank an den Gemeinderat für die Ausarbeitung. Wie gerade erwähnt, hat man sich bei der Ausarbeitung an die Vorgaben des Kantons gehalten. Die GLP hat eine gute Idee gehabt für eine Erweiterung und ich greife vor, wir werden diese Idee unterstützen. Ich bin aber ein bisschen kritisch, inwiefern wir überhaupt die Ergänzung annehmen würden, da wir eben gebunden sind, indem was der Kanton uns vorgibt. Also vom Kanton ist insbesondere die Mutterschaft ausgewiesen und, das ist auch eines der Hauptanliegen, dass man für die Mutterschaft eine Vertretung haben kann. In den ersten 8 Wochen nach Niederkunft steht man noch unter Mutterschutz. In der Vorlage habt ihr euch am Zeitraum von 3 bis 12 Monaten orientiert. Ich habe das ein bisschen unkonkret formuliert gefunden. Wer bestimmt denn dann darüber, wann die 3 Monate beginnen, bestimme ich das als stellvertretend beantragende Person, oder wie ist das genau gemeint? Weil man hat mit den 3 Monaten unter anderem wirklich nur eine Sitzung oder je nachdem, wie man das festlegt. Schade haben wir gefunden, dass man die Gelegenheit nicht gleich nutzt, wenn man schon eine Überarbeitung macht, dass man auch die Definition einer Motion und eines Postulats klar herausarbeitet. Vielleicht sogar eine Interpellation oder so etwas wie eine schriftliche Anfrage auch noch zulässt, denn wir haben gerade heute erfahren, schriftliche Anfragen, die man einreicht, werden eben dann nicht verteilt auf den Tisch, das heisst, man hat eigentlich keine Gelegenheit, eine öffentliche, schriftliche Anfrage zu stellen. Ich habe aber das so verstanden, dass das in der Gemeindeordnung auch noch überarbeitet werden müsste und ich verstehe, dass man dort zumindest in dem Moment nicht weiter machen möchte.

Anand Keshava: Grundsätzlich werden wir diese Regelung unterstützen. Jetzt ist aber so, dass explizit die Mutterschaft erwähnt ist, aber nichts von Vaterschaft und Adoption steht. Wir sind der Meinung, man sollte den heutigen Familienmodellen Rechnung tragen und das auch inkludieren. Deshalb möchten wir gerne einen Änderungsantrag einreichen. Wir sind jetzt ausgegangen, dass das möglich ist, weil hier steht, dass der Einwohnerrat für das Geschäftsreglement zuständig ist. Ich lese den Antrag schnell vor. Es geht um § 1 Absatz 1 des Stellvertretungsreglements, und das würde dann heissen: "die Mitglieder des Einwohnerrates können sich bei Verhinderung in Folge Mutterschaft, Vaterschaft, Adoption, Krankheit oder Unfall jeweils während 3 bis 12 Monaten vertreten lassen. Eine entsprechende Vertretung, wie die als Vertretung bestimmter Personen, ist ausgeschlossen."

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Carol hat es eigentlich schon gesagt, die Stellvertretungsregelung sei nur möglich, gestützt auf die Änderung des Geschäftsverkehrsgesetzes des Kantons Aargau. In dem übergeordneten Gesetz ist Vaterschaft und Adoption nicht enthalten. Ich persönlich würde das auch unterstützen, müsste es aber zuerst noch abklären und vor dem Hintergrund schlage ich vor, dass wir das Geschäft zurücknehmen und die Zusatzabklärungen treffen, damit wir mit neuen Anträgen kommen können.

Christian Buser, Präsident: Wir nehmen das so mit in die Abklärung und sind gespannt, wie die Rückmeldung sein wird. So wird der Gemeinderat mit geändertem oder erweitertem Antrag wieder in den Einwohnerrat zurückkommen.

7 2026/21 Umfrage

Esther Reimann: Ich mache die Anfrage im Namen der Mitte-Fraktion, und zwar Frühförderung Deutsch ab 3 Jahren. Wie ist bei uns in Obersiggenthal der Stand der Planung? Insbesondere mit Blick auf das neue Schulgesetz, das im Jahr 2027 im Aargau in Kraft tritt. Die Situation ist so, die Deutschkenntnisse sind für einen gelingenden Schulstart sowie für eine erfolgreiche Schullaufbahn von grosser Bedeutung. 91 Gemeinden haben sich beim Kanton Aargau für eine Sprachstandeserhebung gemeldet. Dies wird ab Januar 2027 im ganzen Kanton durchgeführt, die Gemeinden können danach die Resultate dieser Bestandesaufnahme, was die 3-Jährigen können und wo allenfalls Förderbedarf ist. Unsere Anfrage ist jetzt, wie sieht das aus bei uns in Oberseegental, wie ist der Stand der Dinge und wie könnten allenfalls solche Frühförderungsmassnahmen aussehen? Was allenfalls für Organisation bei der Umsetzung in Obersiggenthal mithelfen könnten. Ein spannender Zusatzgedanke wäre, wie könnten allenfalls die Sprachförderung der Kinder mit der Sprachförderung der Eltern kombiniert werden.

Michael Weibel, Gemeinderat: Zusammen mit Tanja Marullo, bin ich an der Prüfung dieser Frühförderung dran. Mein Vorgänger, Christian Keller, hat dies bereits auch schon angeregt, es fanden Testläufe in verschiedenen Gemeinden statt. Wir haben von der Verwaltungsseite kein grünes Licht bekommen und wir haben auch keine Massnahmen und es bringt nichts, wenn man einfach eine Sprachstandeserhebung macht und dann keine Massnahmen ergreifen kann. Darum haben wir auch im Austausch mit anderen Gemeinden eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die am 24. März ihre Startsitzung hat. Wir haben da Vertreter aus der Mütter- und Väterberatung dabei. Sie sind in 23 Gemeinden mit der Vorbereitung von Fördermassnahmen präsent. Wir haben auch die Kita Goldiland eingeladen, wir haben die Spielgruppe Bärenstolz dabei, wir haben von Seiten Schule her die Schulleitung Kindergarten dabei und wir schauen das wirklich gut an und überlegen uns, was wir für Fördermassnahmen ergreifen wollen. Es gibt auch Berichte, die Vorschläge machen mit Objekt- oder Subjektfinanzierung, dass man Beiträge den Institutionen zuspricht, dass man selber ein Programm ins Leben ruft der Gemeinde oder aber, dass man mit externen Organisationen zusammenarbeitet. Bei diesen Fördermassnahmen sind durchaus auch solche Projekte vorhanden, bei denen die Eltern zusammen mit den Kindern solche Massnahmen besuchen. Wir gehen davon aus, dass in einem Jahrgang etwa 80 Kinder oder 80 Familien sind und von diesen 80 Familien benötigen ca. 50% Fördermassnahmen und von diesen 50% sind etwa Dreiviertel, die bei diesen freiwilligen Massnahmen mitmachen. Das ist für die Schule und für die Gemeinde und auch für das Zusammenleben relativ wichtig, das geht bis in die Berufsschule, dass Leute, die aus einer bildungsnahen Familie stammen, besser integriert sind und bessere Chancen haben.

Christian Buser, Präsident: Anand Keshava hat eine Frage zum Hallen- und Gartenbad eingereicht. Er erkundigt sich nach dem aktuellen Verhandlungsstand bzgl. der Beteiligung der Gemeinde Untersiggenthal am Hallen- und Gartenbad. Gemäss früherem Postulat, signalisierte Untersiggenthal eine Beteiligung nach dem Umbau, das wäre jetzt.

Die zweite Frage betrifft die Taskforce Finanzen; wie sieht hier der aktuelle Stand der Arbeiten aus?

Peter Huber, Gemeinderat: Fertig ist das Hallenbad, das Gartenbad ist aber nicht fertig. Wenn man so etwas präsentieren und zeigen will, dann sollte es fertig sein und schön aussehen. Daher müssen wir uns noch ein wenig gedulden, bis die Arbeiten wirklich komplett abgeschlossen sind. Es fehlt die Garderoben draussen, es fehlt noch die ganze Umgebung, die noch gemacht werden muss. Die Rutschbahn ist noch nicht fertig gestellt, der behindertengerechte Teil im Aussenverhältnis ist auch noch nicht ganz fertig.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Bezüglich Stand der Taskforce-Finanzen lese ich euch vor, was Peter Marten mir geschickt hat. Aktuell werden die notwendigen Grundlagen geschaffen, um einen reibungslosen Start der Taskforce zu ermöglichen. Dazu gehört die Erarbeitung relevanter Informationen und Strukturen sowie Erstellung und Einbindung von Finanzkennzahlen.

Im Zuge der Entwicklung der Legislaturziele wurden durch eine externe Firma Finanzkennzahlen zur Gemeinde Obersiggenthal erstellt, die für die Arbeit der Taskforce von grosser Bedeutung sind. Diese Kennzahlen stehen seit Ende Februar 2026 zur Verfügung und sind in die Erarbeitung der Legislaturziele eingeflossen und sollen der Taskforce-Finanzen zur Verfügung gestellt werden. Das Hauptziel bleibt weiterhin, dass Resultate der Taskforce in das Budget für das Jahr 2027 einfließen. Die Vorbereitungen und die Integration der Finanzkennzahlen sind somit ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu diesem Ziel.

Tomas Nezel: Es geht um die Petition zur Reduktion des Verkehrsdurchfluss Siggenthal. Ihr kennt diese alle, ich weiss die meisten haben da mitgemacht. Wir haben sagenhaft über 1'000 Unterschriften zusammengekratzt und es ist ein beachtliches, wirklich ein beachtliches Resultat. Also wenn man sich vergleicht; Wettingen hat schon zwei ähnliche Aktionen gemacht in der Schartenfelsstrasse und sie waren bei 1'200 gewesen und wenn man das Bevölkerungsverhältnis anschaut, dann sind über 1'000 Unterschriften gewaltig. Und petitio.ch wird jetzt sich an die Gemeinde wenden mit der Aufforderung, dass der Gemeinderat die Petition beantworten soll. Das andere ist, das wurde von der IG OSN lanciert. Sie haben auch das Schreiben an die Gemeinden Unter- und Obersiggenthal gemacht, sie sollen dies doch zusammen mit der IG OSN, beim Regierungsrat Attinger vortragen. Jetzt nimmt mich natürlich Wunder, wie beurteilt der Gemeinderat den Inhalt und den Erfolg dieser Petition, dann wird der Gemeinderat diese Petition auf der Petitionsplattform beantworten. Und schlussendlich; ist der Gemeinderat oder ein Vertreter bereit, zusammen mit der IG OSN bei der Übergabe der der Petition in Aarau dabei zu sein.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Über 25'000 Fahrzeug haben wir auf dieser Landstrasse. Über 1'000 Leute wollen das nicht und der Gemeinderat selbstverständlich auch nicht. Der Gemeinderat nimmt sehr erfreut zur Kenntnis, dass die Bevölkerung im Siggenthal so stark Anteil nimmt an dieser Verkehrsplanung. Das zeigt auch, dass der Leidensdruck in Obersiggenthal sehr gross ist und dass wir alle an guten Lösungen interessiert sind und uns aktiv dafür einsetzen. Es geht aber in dieser Petition, wenn man es eben genau liest, nicht nur einfach um die Reduktion des Verkehrs. In der Petition wird geschrieben, dass die 200 Massnahmen des GVK keine spürbare Entlastung für das Siggenthal bringen und es wird verlangt, dass die Tunnelumfahrungen von Ober- und Untersiggenthal wertgleich im Richtplan festgesetzt werden und dass der Bau ausgelöst werden soll, sobald mehr als 25'000 Fahrzeuge durch Obersiggenthal fahren. Mit dem wird aber eine Änderung dieser 200 Massnahmen des GVK, Raum Baden und Umgebung, verlangt. Und jetzt ist es so, der Gemeinderat Obersiggenthal hat sich ja sehr aktiv in diesen verschiedenen Gremien betätigt und der Gemeinderat Obersiggenthal hat dem GVK zugestimmt. Das GVK ist ein breit abgestützter Kompromiss. In diesen Verhandlungen waren 9 Gemeinden, ein Vertreter der Baden-Regio, ein Vertreter der Zurzi Regio und der Regierungsrat Attinger. Die Modellrechnungen, gestützt auf die Massnahmen, die hier befürwortet wurden, haben gezeigt, dass es zu einer leichten Abnahme im Bereich von Nussbaumen des Siggenthals kommen soll. Mit dem GVK können wir über die Pfördneran-

lagen, Veloverbindungen, öffentlicher Verkehr, welcher ausgebaut wird, wir erhalten Direktverbindungen zu den Bahnhöfen Turgi und Niederweningen. Teil dieser Massnahmen des GVK ist, die Festsetzung einer Umfahrungsstrasse für Obersiggenthal via Siggenthaler Feld, Kapplerhof und Webermühle im Richtplan. Die neue Linienführung ist aktuell noch in keinem Richtplan vorhanden. Nur wenn diese Strasse aber im Richtplan festgesetzt wird, kann sie auch einmal gebaut werden. Ohne Festsetzung gibt es keinen Bau und das wollen wir unbedingt erreichen. Und für die Festsetzung braucht es noch einen Beschluss des Grossen Rats und eine Genehmigung des GVK. Aktuell bereits im Richtplan enthalten, ist die Umfahrung Untersiggenthal, wenn auch in einer tieferen Stufe.

Untersiggenthal ist uns diesbezüglich zwei Schritte voraus. Der Gemeinderat Untersiggenthal hat ebenfalls den GVK-Massnahmen zugestimmt. Mit der Forderung dieser wertgleichen Eintragung wird eine Änderung des Massnahmenkatalogs verlangt. Und damit unterscheidet sich die Forderung der IG von der Haltung des Gemeinderates in einem wesentlichen Punkt, der Gemeinderat, der da kompromissbereit gewesen ist und dem GVK zugestimmt hat. Wir können jetzt nicht hingehen und die mehrfach kommunizierte Zustimmung wieder über den Haufen werfen. Sonst können wir nämlich wieder von vorne beginnen. Dadurch würden wir auch unsere Glaubwürdigkeit schwächen und wir halten an der Zustimmung zum GVK Raum Baden, so wie es jetzt vorliegt, fest. Aber der Gemeinderat ist kritisch gegenüber den vorgeschlagenen Kriterien, die erfüllt sein sollen, damit es zu einer effektiven Projektierung dieser Umfahrung kommt. Wir setzen uns ein, dass ein regelmässiges Controlling und eine konsequente Wirkungskontrolle mit klaren und messbaren Kriterien entlang der prognostizierten Entwicklungen stattfinden. Sollte sich zeigen, dass die Massnahmen nicht die gewünschten Wirkungen erzielen, so soll rasch reagiert werden. Wir wollen nicht das Gleiche noch einmal erleben, wie wir es erlebt haben im Zusammenhang mit der Siggenthaler Brücke. Der Gemeinderat hat die Haltung, insbesondere die Forderung nach klaren, messbaren Kriterien und einer regelmässigen Wirkungskontrolle dem Kanton gegenüber mehrfach übermittelt. Unsere Haltung ist auch nachzulesen in unserer Medienmitteilung vom 7. Juli 2025 und in unserer Anhörung zum GVK, beide sind auf der Homepage publiziert. Ja, selbstverständlich will der Gemeinderat keine Verkehrsbelastung, von immer 25'000 Fahrzeuge auf der Landstrasse. Ohne das GVK bleibt es aber bei der heutigen Situation um den Strassenverkehr wird die ungebremst zunehmen. Noch einmal, das GVK geht in seiner beschlossenen Form, also in dem Vorschlag, worüber der Grosse Rat noch darüber abstimmen muss, soll gemäss Modellrechnung zu einer leicht sinkenden Verkehrsbelastung führen. Ob wir auf der Petitionsplattform Stellung nehmen, da müssen wir uns im Gemeinderat noch unterhalten, das müssen wir noch diskutieren. Wie ich gesagt habe, eben weil ja die IG OSN mit der Petition eine Änderung dieser Massnahmen verlangt, können wir auch nicht bei der Übergabe der Petition in Aarau dabei sein. Das war anders damals, als es um Tempo 30 gegangen ist auf der Hertensteinstrasse und um die Erhöhung der Sicherheit auf der Hertensteinstrasse. Das sind deckungsgleiche Anträge, die wir in Aarau gestellt haben. Da gibt es jetzt vorliegend einen Unterschied. Aber wir sind, wie gesagt, sehr positiv über die Beteiligung der Bevölkerung und das Engagement.

Christian Grau: Ich habe eine technische Frage, über welche ich als Mitglied des Einwohnerates gestolpert bin, denn es geht um das energiepolitische Programm, das wir auch in diesem Rat miteinander gereviewt haben. Und zwar haben wir bei den permanenten Zielen einen Punkt drin, welcher besagt, dass bei den Mobilitätsstandards, eine Neubeschaffung von Gemeindefahrzeugen getätigt wird, dass man dann alternative Antriebe prüfen würde. Im letztjährigen Statusbericht ist festgehalten, dass keine Informationen vorliegen. Wie dem Investitionsplan zu entnehmen ist, sind jetzt zwei Fahrzeuge angeschafft worden und ich habe gefragt, hätte man das dort abklären und dokumentieren können, wie es dasteht und wenn ja, könnte man das - vielleicht auf die Gefahr hin, dass es mich selber erwischt - noch in das energiepolitische Programm hineinnehmen.

Peter Huber, Gemeinderat: Also, das müssen wir gerade jetzt in das Programm hineinnehmen, das ist aber eine Bedingung, die wir im Moment haben. Wir haben jetzt gerade das Forstfahrzeug angeschaut, das die Gesamtforst beschafft, wo das auch eingebracht worden ist, dass

man diese Alternative prüfen muss. Zu deiner Frage mit dem Fahrzeug, das eine war ein Fahrzeug für den Werkhof, da war bei der Ausschreibung erwähnt, dass man die Alternative prüft. Da war das Argument, dass man dieses für den Wassertransport in die Ebni braucht, wenn kein Wasser vorhanden ist, und dann schaffen wir es nicht mit dem Gesamtgewicht. Das war damals das Argument, dass man das Fahrzeug für den Werkhof beschafft hat. Das zweite Fahrzeug ist für die Feuerwehr, das TLF, welches wir jetzt beschafft haben aber noch nicht erhalten habe. Der Alternativantrieb wäre in Biogas gewesen. Das Argument ist dann gewesen, dass es in der ersten Ausschreibung die Tankstelle unter der Obersiggenthaler-Brücke noch nicht gab. Damals gab es nur die Tankstelle in Dättwil, dementsprechend ist das rausgefallen.

Und ein Elektro-TLF kostet einfach im Moment viel zu viel Geld, das wäre wahrscheinlich nicht gesprochen worden. Aber wir schauen das sicher in der Kommission an, dass wir das dort anpassen können, damit dies von nun an in jeder Ausschreibung berücksichtigt wird.

Christian Buser, Präsident: Von der SP/Grünen wie auch von der SVP kamen Fragen bezüglich Personalsituation, Personalabgänge und Fluktuationen in der Gemeindeverwaltung.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Ich will hier gesamthaft informieren. Der Gemeinderat hat ja bereits an der Fraktionspräsidienitzung über die erhöhte Fluktuation und die ersten eingeleiteten Massnahmen informiert. Besonders betroffen sind im letzten Jahr aus verschiedenen Gründen die Abteilungen Soziales und Steuer gewesen. Der operative Betrieb ist mit externer Unterstützung gewährleistet. Und wir haben auch gute Rekrutierungen vornehmen können. Jetzt sind hier eben noch einmal Fragen gekommen. Ich versuche, das gesamthaft zusammenzufassen. Es gibt einen HR-Prozess, der bei den Austritten aus der Gemeindeorganisation zur Anwendung kommt. Bei dem werden auch Kündigungsgründe erfragt. Trotzdem lassen sich die Gründe nicht immer einwandfrei feststellen. Austretende Mitarbeitende sind auch nicht zur Bekanntgabe verpflichtet. Leider hat sich auch erwiesen, dass die Rückmeldungen, die wir bekommen haben, nicht besonders aussagekräftig sind und Raum für Interpretationen offenlassen. Es steht aber fest, dass verschiedene Gründe vorliegen und wir nehmen den HR-Prozess noch einmal unter die Lupe. Zusammen mit der Geschäftsleitung und mit der externen Unterstützung sind wir aktuell dabei, mögliche Gründe zu analysieren und Handlungsfelder zu identifizieren. Unter anderem werden wir auch die aktuelle Organisationsstruktur hinterfragen. Und bereits eingeleitet ist eine Kompetenzdelegation der Geschäftsleitung in die Abteilungen. Damit die Attraktivität der Gemeinde als Arbeitgeberin gesteigert werden kann, widmet sich dem Gemeinderat zusammen mit der Geschäftsleitung der weiteren Entwicklung der Führungskultur und der Prüfung der Arbeitsplatzsituation im Gemeindehaus. Auch eine Auffrischung des Internetauftritts der Gemeinde soll wieder diskutiert werden.

Christian Buser, Präsident: Gibt es hier jetzt noch Fragen oder Wortmeldungen? Wobei vorab; die Personaldiskussion soll jetzt nicht eröffnet werden, aber wenn es noch Fragen gibt.

May Beyli: Zur Arbeitsplatzsituation habe ich eine Frage. Sind hiermit die Möbel gemeint oder auch psychologisch oder weitere Gründe, vielleicht auch finanzielle Entlöhnung, sind das auch solche Themen oder sind das mehr sachliche, also wirklich greifbare Sachen gemeint?

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Es geht mehr um die räumliche Situation, also die Rückmeldungen, die wir bekommen haben. Vom Arbeitsvertrag her ist es weniger ein Thema, den Lohn kann man nicht mehr diskutieren, selbstverständlich, aber es geht mehr so um die Raumaufteilung, um die Temperaturen in den Büros, um Mobiliar, Schaltersituation etc.

Carol Demarmels: Ich sehe jetzt unsere Fragen nicht so gänzlich geantwortet, die wir eingereicht haben. Werden wir dann noch konkretere Antworten bekommen? Wir haben zum Beispiel gefragt, ob das Lohnniveau entsprechend dem ist von den umliegenden Gemeinden, ob man dort einen Grund sieht oder welche Massnahmen sonst noch in Betracht sind?

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Das Lohnniveau hat man überprüft, das ist im Lot.

Daniela Graubner: Ich greife die Thema Briefkasten bei der Bushaltestelle Boldi noch einmal auf. Ich glaube, letztes Mal hat sich Marcel Müller angesprochen. In den Protokollen konnte ich nicht entnehmen, ob man jetzt einen aktiven Schritt getätigt hat, ob dieser Briefkasten wieder kommt oder nicht, denn er ist immer noch nicht da und darum die Frage, wer klärt dies nun ab?

Peter Huber, Gemeinderat: Das ist so, Carlo Schüpbach, der dieses Bushäuschen wieder organisiert hat, hat die Post informiert und das liegt jetzt bei der Post. Das ist noch schwierig, denn der ist nicht der Gemeinde, da liegt die Verantwortung bei der Post. Offiziell hat Carlo Schüpbach, Leiter Tiefbau, die Post informiert, dass kein Briefkasten mehr dort ist, woraufhin er die Antwort erhalten hat, dass der Briefkasten dort wieder platziert wird. Mehr wissen wir Stand heute leider nicht.

Daniela Graubner: Es gibt wie kein Ergebnis und ich möchte wissen, wer bleibt an der Sache dran und schaut, dass dieser Briefkasten wieder kommt, denn es geht ja hier um den Service public.

Peter Huber, Gemeinderat: Ich frage nochmals nach.

Carol Demarmels: Ich habe eine Anmerkung und eine Fragen Du hast am Anfang erwähnt, dass das nächste Mal eigentlich die Beantwortung kommt, ob betreffend der Zonen-Zusammenlegung mit Kirchdorf etwas passiert ist. In der Zwischenzeit ist mir etwas aufgefallen. Aufgrund des Vorstosses, welchen wir eingereicht haben, habe ich herausgefunden, dass etwa die Hälfte der Menschen aus Kirchdorf ein Kurzstreckenbillet lösen im Markthof um dort einkaufen zu gehen und die andere Hälfte löst ein 2-Zonen-Billet. Und das ist ein vehementer preislicher Unterschied, der fast das Doppelte ist. Der Grund ist einfach, ein Kurzstreckenbillet gilt für 4 Haltestellen. Das sind 4 Haltestellen, die würden auch so gelten. Und es müssen 30 Minuten sein, es sind keine 30 Minuten, es würde also auch gelten. Es dürfen aber maximal 1,5 Kilometer sein, es sind 1,6 Kilometer. Deshalb gilt ein Kurzstreckenbillet nicht, um von Kirchdorf in den Markthof einkaufen zu gehen und das findet man nur heraus, wenn man auf der RVBW-Seite wirklich abfragt, zu welchen Stationen man fahren darf. Das heisst ganz korrekt ist es so, man muss sagen, man braucht die 2 Zonen um zum Einkaufen zu gehen. Es ist klar, dass es wahrscheinlich kein einfaches Anliegen ist, dass man in der Zone zusammenbleibt und ich glaube, du merkst worauf ich hinaus möchte. Das heisst, wenn jetzt aufgrund der Überarbeitung ein nein gekommen ist, wäre eigentlich das nächste Anliegen, dass man sagen müsste, die Strecke vom letzten Punkt Kirchdorf bis zum Markthof, liegt noch in der Kurzstrecke drin.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Hast du Kenntnis davon, dass jemand eine Busse erhalten hat, weil er mit dem falschen Billett von Kirchdorf zum Markthof gefahren ist?

Carol Demarmels: Nein, eben tatsächlich nicht. Ich bin aber ziemlich sicher, man würde einen bekommen, weil es steht, wenn man in dem Automaten im Bus draufdrückt, steht es dann noch einmal, man dürfe nicht bis zum Markthof fahren.

Zu meinem zweiten Anliegen: Ich möchte nochmals kurz auf die Information zurückkommen, die vorhin gesagt wurde, dass man mit der Erschliessung von Rieden, wenn der Bus Nummer 2 nicht mehr über die Schiefe Brücke fahren kann. Was bei dieser Information nicht genau herausgekommen ist, was macht denn dieser Bus, also fährt der nachher über die Siggenthaler Brücke, wird Kirchdorf trotzdem erschlossen sein?

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Es gab eine Abstimmung an der Gemeindeversammlung in Ennetbaden und dort hat man das aufgelegt. Wir sind leider damals nicht involviert gewesen. Es ist so, dass der Bus Nummer 2 über die Siggenthaler Brücke und dann direkt Richtung Kirchdorf fährt. Das betrifft effektiv die Erschliessung von Rieden in der ersten Phase mit dem Bus Nummer 5 gewährleistet ist, wo ab Bahnhof Baden dann über die Siggenthaler Brücke fährt und von Rieden her dann Richtung Ennetbaden unterwegs ist und umgekehrt. Das ist ab dem 20. April 2026. Wie es ab dem 8. Juni 2026 laufen soll, ist noch nicht geklärt, dort finden noch Gespräche statt.

Roger Rüede: Der Gemeinderat nimmt externe Hilfe in Anspruch, um die Personalfuktuation zu analysieren. Dürfte man wissen, um welche Firma es sich hier handelt?

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Also ich muss dir sagen, ich kann den Namen nicht auswendig, nach wie vor nicht. Für mich stellt sich die Frage, ist es relevant. Wenn der Name genannt wird, könnten Rückschlüsse gezogen werden, welche Persönlichkeitsverletzungen auslösen könnten. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

Roger Rüede: Ich nehme dies so zur Kenntnis. Ich sage es ganz offen, mir geht es nur darum, dass ich die Firma google und schaue, was die genau machen, es geht mir nur um das. Aber ich verstehe, wenn der Gemeinderat nichts dazu sagen kann, das nehme ich gerne so zur Kenntnis. Ich weiss aber, dass der Bericht dann irgendwann kommt und die Firma dann auch genannt wird.

David Wick: Ich hätte noch ein paar Abschlussfragen. Zum Schluss noch ganz etwas Versöhnliches von mir. Wir haben eine neue Legislatur, es hat relativ viele neue Einwohnerrätinnen hier und wir haben so einen Chat auf Discord, der heisst "digitale Wandelhalle", da können wir Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten uns abstimmen, vorgängig vor der Sitzung, da können wir eben zum Teil ein Postulat vordiskutieren oder ähnliches. Es funktioniert immer besser, der Start ist ein bisschen harzig gewesen, aber inzwischen sind wir doch, glaube ich, die Leute, die dabei sind, die hören auch mit, die sind auch wirklich aktiv darin. Ich glaube, es ist nach wie vor ein sehr gutes Mittel, um sich untereinander abzustimmen und auszutauschen, sodass es nicht allzu viele Überraschungen gibt. Das hat sich jetzt auch gezeigt bei dieser Anfrage bezüglich der Fluktuation, so wussten wir, wer was fragt. Ich würde den QR-Code nachher auflegen für die, die nicht dabei sind oder nicht mehr dabei sind. Ihr könnt einfach kurz den Code scannen und dann seid ihr dabei.

Tanja Marullo, Gemeinderätin: Anlässlich der Einwohnerratssitzung im letzten Oktober wurde von Carol die Anfrage gestellt, ob sich der Gemeinderat bereits Gedanken über alternative Einkaufsmöglichkeiten in Kirchdorf gemacht hat. Anlass zu dieser Frage war, die Einstellung des Betriebs des Milchexpresses von Herrn Gutknecht. Der Gemeinderat hat das Thema an einer Gemeinderatssitzung diskutiert, dabei ist festgehalten worden, dass dem Gemeinderat die Bedeutung einer wohnortsnahen Grundversorgung bewusst ist und dass das Ende des Milchexpress bedauernswert ist. Die Aufgabe der Sicherstellung oder dem Betrieb der Einkaufsmöglichkeiten gehört jedoch nicht zur Kernaufgabe des Gemeinderates. Der Entscheid von Herrn Gutknecht, den Milchexpress einzustellen, ist nachvollziehbar. Die Einstellung des Betriebs ist aufgrund des fortgeschrittenen Alters des Fahrzeugs sowie des Betreibers selbst entstanden. Faktoren wie der geringe Umsatz sowie die zunehmende Konkurrenz durch den Onlinehandel haben den Schritt begünstigt. Positiv ist aber, dass der Herr Gutknecht den stationären Hofladen weiterbetreibt und dass das Gemüse-Abo weiter betrieben wird. Ergänzend wollen wir festhalten, dass in Kirchdorf weiterhin gewisse Einkaufsmöglichkeiten bestehen. Ortsansässige Betriebe wie zum Beispiel die Bäckerei Frei haben aber auch die Möglichkeit angeboten, dass sie Brot ausliefern. Zudem können gewisse Produkte wie Eier, Gemüse und teilweise auch Getränke direkt bei ortsansässigen Landwirtschaftsbetrieben bezogen werden. Für Personen, die nicht gut zu Fuss sind, gibt es auch Vereine wie "Du und Ich" zum Beispiel, die einem helfen können, auch einzukaufen und einen begleiten, damit man nicht alles alleine nach Hause schleppen muss. Und zudem ist der Milchexpress, der neu vom Wettingen herkommt, welcher das Quartier Gässliacker am Dienstag und am Donnerstag beliefert, hätte noch eine Halmöglichkeit. Also am Dienstag eine Halmöglichkeit und am Donnerstag eine Halmöglichkeit, diese könnte in Kirchdorf eingebaut werden. Da dies aber nur ein Dorfteil betrifft, haben wir eigentlich die Kontaktdaten vom Milchexpress Wettingen, von Herrn Rupp, in die Vereinigung Kirchdorf übergeben, dass sie das mit den Kirchdorfer direkt anschauen können, ob das gewünscht wird oder nicht. Ich hoffe, die Antwort ist für dich in Ordnung.

Ich möchte euch den Feierabend nicht verderben, aber mir liegt das wirklich am Herzen, und zwar geht es noch um die illegal Abfallentsorgung. Vor einiger Zeit, als ich vom Hertenstein,

runtergefahren bin, habe ich immer so ein schönes, rotes Sofa am Strassenrand gesehen. Leider ist das Sofa auch dort gestanden, wo es geregnet hat. Da das bereits vom Regen und Sonne-geplagtem Sofa mir leidgetan hat, habe ich gedacht, jetzt melde ich das dem Leiter Tiefbau. Unterdessen ist das arme rote Sofa aber schon zu einem wichtigen Thema im Facebook geworden. Wichtig zu wissen, auch wenn etwas mehrere Tage herumsteht in Obersiggenthal, kann es sein, dass die Abteilung Bau und Planung - wir dürfen nicht einfach ein fremdes Grundstück betreten – bereits dran ist, etwas zu unternehmen. Unsere Bauverwaltung hat umgehend reagiert, hat die Liegenschaftsverwaltung angeschrieben und aufgefordert, sie müsse das Sofa entsorgen, hat eine Frist angesetzt, hat auch mit der Busse gedroht. Und es ist einfach nicht so toll gewesen, dass unsere Gemeindemitarbeiter im Facebook dann nicht so gut davongekommen sind. Sie haben wirklich vom ersten Moment her gehandelt, haben sich eingesetzt, dass Obersiggenthal eben sauber bleibt und ich bitte wirklich alle inständig, verteilt dies bitte nicht via Facebook; macht ein Foto, schickt es unserer Gemeinde, denn wir sind froh um solche Hinweise und unsere Leute handeln dann im Hintergrund. Sie haben wirklich eine gute Arbeit gemacht, ich habe sie dann auch angerufen, als das Sofa weg war und mich bei ihnen bedankt, dass sie am Ball geblieben sind. Bitte platziert euer Anliegen direkt am richtigen Ort und man kann auch mal "Danke" sagen, wenn dann etwas weg ist.

Ralph Hunziker: Im Mai werden wieder Minuten gesammelt, nicht Arbeitsminuten, sondern Bewegungsminuten. Ihr kennt es vielleicht von letztem Jahr, die Sportkommission hat die Gemeinde wieder angemeldet für das Coop Gemeinde Duell und es würde mich natürlich freuen, wenn ihr euch gerade heute Abend mit einem Flyer eindeckt und morgen 40 oder 50 neue Personen registriert sind. Im Mai könnt ihr einerseits am offiziellen Teil mitmachen, was die Vereine organisieren, aber man kann natürlich auch individuell einfach Sport treiben und sich so dann die Minuten auf das persönliche Konto anrechnen lassen. Wenn ihr im Mai ein bisschen aktiv sein wollt, sportlich aktiv und gesundheitlich aktiv, dann ist das eine lässige Geschichte und ich lege euch das ans Herz.

Anand Keshava: Du hast vorhin gesagt, dass die Bänke, die im Goldiland waren, die Tischgarnituren, jetzt im Bachmatt sind. Das ist eigentlich die einzige Möglichkeit gewesen, wo die Kinder geschützt essen konnten, also vom Regen und der Sonne geschützt. Kommen da nun neue Bänke und Stühle hin oder was ist hier der Plan?

Lutz Güttler, Gemeindeammann: Jetzt haben wir das Problem, dass Peter Marten nicht hier ist. Er ist für die Liegenschaften zuständig. Wenn ich richtig orientiert bin, sollten dort mittlerweile Alternativen aufgestellt sein.

Peter Huber, Gemeinderat: Diese waren nur kurzfristig dort, weil wir nichts anderes hatten. So wie ich informiert bin sollte eine Alternative dort sein.

Christian Buser, Präsident: Jetzt habe ich noch persönliche Anmerkungen, und zwar hatten wir am 25. Februar extra eine Infoveranstaltung gehabt für die Sanierung der Landstrasse. Anwesend war der Gemeinderat, Carlo Schüpbach, Leiter Tiefbau sowie drei Vertreter des Kantons. Das ist nicht selbstverständlich, also das ist ein Service für uns, das ist Engagement und ich finde es relativ ernüchternd und eigentlich gegenüber dem Kanton auch peinlich, wenn nur 14 Einwohnerräte anwesend sind. Wir im Rat, wir haben den Anspruch, dass wir die Entscheidungen fundiert treffen, dass wir die Fakten anschauen, dass wir uns informieren und für mich wäre dann schon die Erwartung, dass wenn wir ein solches Angebot von Seiten Kanton erhalten, dass man dieses, wenn immer möglich annimmt. Es ist mir auch klar, diese Themen finden nicht alle cool, die Infrastruktur, oder was es auch immer ist, man hat immer persönliche Präferenzen. Ich will euch einfach ans Herz legen, nehmt das als Teil des Amtes des Einwohnerrates wahr und kommt wann immer möglich an solche Veranstaltungen. Es findet eine Diskussion statt, es gibt relativ viele Informationen, die sonst nachher noch hinten durchlaufen würde oder Unsicherheiten geben. Letzten Endes ist dies auch eine Wertschätzung gegenüber den Leuten, die das Geschäft vorbereiten und sich bemühen, dass es wirklich transparent und umfassend diskutiert werden kann.

Wir bekommen eine zweite oder nächste Möglichkeit am 27. Mai betreffend Schulraumplanung und Sternenplatz. Also das ist wirklich eine Aufforderung oder eine gewisse Erwartung.

Dann noch etwas Zweites; es gab heute relativ viele und sehr lange Fraktionsmeinungen. Gebt diese bitte - wenn immer möglich - Romana ab, sonst macht sie den Pfau beim Protokoll schreiben. Das wäre wirklich eine Hilfe.

Die nächste Sitzung ist am 11. Juni 2026. Wir haben jetzt im Anschluss im Restaurant Hirschen reserviert. Besten Dank für die Diskussionen und das Engagement.

Der Präsident:

Buser Christian

Die Protokollführerin:

Hächler Romana